Die USA wollen ihre globale Präsenz neu ausrichten und sich stärker auf Lateinamerika und die Bekämpfung der Migration konzentrieren. So sieht es die neue Strategie der Regierung von Donald Trump vor, die unter dem Titel „Nationale Sicherheitsstrategie" veröffentlicht wurde. Die Umsetzung findet bereits gegen Venezuela statt. Von **Aram Aharonian**.

Das Dokument bekräftigt nachdrücklich das Ziel, den Einfluss der USA in Lateinamerika zu verstärken, wo die derzeitige Regierung angebliche Drogenboote attackiert, sich in einer Konfrontation mit der venezolanischen Regierung befindet, um sich deren Energieressourcen anzueignen, und die Kontrolle über den Panamakanal anstrebt.

Im Dezember 1823, vor mehr als einem Jahrhundert, betrat der damalige US-Präsident James Monroe das Podium des Kapitols, wo er die traditionelle Rede zum Jahresende hielt. Daraus entstand eine der dauerhaftesten politischen Positionen der USA: die nach ihm benannte Doktrin. Die Botschaft war klar und direkt: Die USA würden die Kolonialisierung der gerade unabhängig gewordenen lateinamerikanischen und karibischen Länder nicht tolerieren. Daher wurde die Doktrin auch „Amerika für die (Nord-)Amerikaner" genannt.

Es war eine „raffinierte" Art, das zu formulieren, was später als „Big Stick"-Politik bekannt wurde und was die USA seitdem verfolgten. Dieser Begriff stammt aus einem Satz, den der Präsident verwendete, um seine außenpolitischen Ideen auszudrücken, seinen Ursprung hat er jedoch in einem afrikanischen Sprichwort: „Sprich leise und trage einen großen Knüppel; du wirst weit kommen". In der Geschichte wurde diese Politik als Roosevelt-Korollar bezeichnet.

Die vom Weißen Haus vorgestellte Nationale Sicherheitsstrategie besagt, dass „die USA nach Jahren der Vernachlässigung die Monroe-Doktrin bekräftigen und anwenden werden, um die Vorrangstellung der USA in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen und um unser Heimatland und unseren Zugang zu seinen Gebieten in der gesamten Region zu schützen".
Diese Bekräftigung beinhaltet, „nicht-hemisphärischen Konkurrenten die Möglichkeit zu verweigern, Streitkräfte oder andere bedrohliche Kapazitäten zu positionieren oder wichtige Güter in unserer Hemisphäre zu erwerben oder strategisch zu kontrollieren". Dies wird als „Trump-Korollar" zur Monroe-Doktrin präsentiert, das „eine Wiederherstellung des gesunden Menschenverstands von der amerikanischen Macht und ihren Prioritäten im Einklang mit unseren Sicherheitsinteressen" vorsieht.

Die ursprüngliche Doktrin, die von Monroe konzipiert wurde, war als Warnung an die europäischen Mächte gegen jeden Versuch der Wiederherstellung des Kolonialismus gedacht, zu einer Zeit, als Lateinamerika und die Karibik das Joch Spaniens und Portugals

abschüttelten und versuchten, sich gegenüber Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und anderen staatlichen oder parastaatlichen Akteuren zu behaupten, die das Vakuum ausnutzten, das durch den Niedergang der iberischen Mächte entstanden war.

Dieser angebliche Schutz vor europäischer Intervention bedeutete den Ersatz der transatlantischen Metropolen durch die harte Hand Washingtons, wie Mexiko schnell und auf tragische Weise erfahren musste: es verlor zwischen 1835 und 1854 mehr als die Hälfte seines Territoriums an die USA.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schätzte US-Präsident Theodore Roosevelt, dass es nicht mehr notwendig sei, eine defensive Haltung vorzutäuschen, und erklärte die gesamte Hemisphäre außerhalb der US-Grenzen zu einem „Wildnisgebiet“, das unter der Prämisse besetzt und kolonisiert werden könne, dass „auf dem amerikanischen Kontinent wie auch anderswo chronisches Fehlverhalten letztendlich das Eingreifen einer zivilisierten Nation erfordern kann, und in der westlichen Hemisphäre kann die Einhaltung der Monroe-Doktrin die USA dazu verpflichten, […] internationale Polizeigewalt auszuüben“.

Unter dieser Prämisse wurde der Dominikanischen Republik ihr Zollrecht entzogen, während Kuba, Nicaragua und Haiti jahrzehntelange Besetzungen erlebten, die in blutige Diktaturen mündeten. Zuvor, im Jahr 1899, hatte Washington sich bereits Puerto Rico angeeignet, das es bis heute in einem kolonialen Zustand hält, wie es auch mit Kuba geschehen wäre, wenn die Revolution von 1959 nicht die Unabhängigkeit der Insel vollendet hätte.

Monroe lebt weiter

Das Dokument scheint eine Warnung an China und seine Partnerschaften in und mit lateinamerikanischen und karibischen Ländern zu sein.

Aufgrund der geografischen Nähe möchten die USA das Bild eines Beschützers Lateinamerikas und der Karibik durchsetzen: „Es gibt dort viele Revolutionen, viel Chaos, und wir, die Angelsachsen, müssen dort für Ordnung sorgen“ – dies ist eine Sichtweise, die in der aktuellen Regierung von Donald Trump sehr präsent ist.

Das Land behielt zwar während des gesamten 20. Jahrhunderts eine interventionistische Haltung in der Region bei – unter anderem besetzte es Haiti (1915-1932) und Nicaragua (1912-1933). Und es unterstützte und finanzierte während des Kalten Krieges die Militärdiktaturen, die an der „Operation Condor“ beteiligt waren.

Die USA versuchten immer, ihre Handlungen zu legitimieren, indem sie sie mit „universellen Werten“ verbrämten, sei es im Namen des Aufbaus einer „freien Welt“, der Verteidigung der Freiheit oder sogar der Verbreitung der Demokratie.

Das Imperium und ich

Derzeit ist nichts davon zu beobachten: Trump plant offensichtlich, einfach die alte imperiale Orientierung der USA aus dem 19. Jahrhundert wieder aufzunehmen, ohne sich auf irgendwelche großen universellen Werte zu berufen. Trump sagt offen, dass er dies nur aus Eigeninteresse tut, aus Expansionismus, um sich die strategischen Reserven des Subkontinents anzueignen, insbesondere das Öl, das Lithium und die seltenen Erden.

Es ist die Idee von Einflusszonen, von purer Macht ohne jegliche moralischen oder gar völkerrechtlichen Kriterien. Die Aggressivität der US-Haltung beschränkt sich derzeit auf die rhetorische Ebene und die militärische Besetzung strategischer Gebiete wie der Karibik und des Pazifischen Ozeans unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Drogenhandels, der mit fast 200.000 Todesfällen pro Jahr ein großes Problem für die USA ist.

Bislang wurde der Knüppel von Trump und seiner Regierung eingesetzt, um karibische Fischer unter dem Vorwand, sie seien Drogenhändler, zu töten; und um Juan Orlando Hernández, den ehemaligen honduranischen Präsidenten, der in den USA wegen des Handels mit „nur” 400 Tonnen Drogen inhaftiert und zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, zu begnadigen und freizulassen. [*]

Die Monroe-Doktrin erfreut sich guter Gesundheit

„Die Monroe-Doktrin ist tot”, sagte der damalige US-Außenminister John Kerry (während der Präsidentschaft des Demokraten Barack Obama) im November 2013 zum Abschluss des Treffens der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Guatemala-Stadt. Das Publikum, bestehend aus Vertretern der Regierungen Lateinamerikas und der Karibik, applaudierte.

Laut Kerry würde anstelle der „interventionistischen“ Beziehungen der USA nun eine Ära beginnen, in der die amerikanischen Länder „als gleichberechtigt angesehen würden, Verantwortung teilen, in Sicherheitsfragen kooperieren und sich nicht mehr an eine Doktrin, sondern an gemeinsam getroffene Entscheidungen gebunden fühlen“. Hübsche Worte von Kerry, aber zwölf Jahre später ist die Monroe-Doktrin lebendiger denn je.

Der aktuelle US-Verteidigungsminister (Kriegsminister) Pete Hegseth erklärte im Fernsehsender *Fox News*, dass die USA ihren Einfluss in ihrem „verlorenen Hinterhof”

gegenüber China zurückgewinnen müssen. „Wir werden in das investieren, was die Interessen der USA in unserem Hinterhof fördert, während wir den chinesischen Einfluss dort unterbinden", sagte er.

Der Begriff „Hinterhof" ist ein Erbe der Monroe-Doktrin, der häufig verwendet wird, um Lateinamerika und die Karibik aus der Perspektive der USA zu beschreiben.

Hegseth bezog sich auf die Spannungen zwischen dem aktuellen Weißen Haus und der panamaischen Regierung um die Kontrolle über den Kanal, der das mittelamerikanische Land durchquert und Schiffen, die von einer Seite des Kontinents zur anderen fahren müssen, mehrere Tage Reisezeit erspart.

Washington behauptet, Panama habe gegen die Torrijos-Carter-Verträge verstoßen, als es sich 2017 der Belt and Road Initiative anschloss, einem groß angelegten Projekt Chinas zur Ausweitung des Handels, das als „Neue Seidenstraße" bekannt ist.

Die derzeitige Haltung des Weißen Hauses gegenüber der Region lässt sich interessanterweise durch die Abhängigkeit erklären, die die USA gegenüber Lateinamerika und der Karibik zu entwickeln scheinen, da die Auswirkungen der Einführung von Handelszöllen auf fast die ganze Welt spürbar werden.

Die US-Wirtschaft wird gezwungen sein, auf die Länder der Region zurückzugreifen, um Rohstoffe für die Industrie zu beschaffen und gleichzeitig andere Verbrauchermärkte zu erschließen. Und deshalb ist die Wiedererlangung der Kontrolle über den „Hinterhof" auch eine Methode, den Zugang Chinas zu denselben Rohstoffen und potenziellen Märkten zu blockieren.

Heute ist China der wichtigste Handelspartner lateinamerikanischer Länder wie Brasilien, Peru, Chile und Venezuela, während die USA diese Beziehung zu Nationen wie Mexiko, Guatemala, Kolumbien und Ecuador unterhalten. Offensichtlich hat Brasilien in diesem Bereich globaler Einflussnahme ein entscheidendes Gewicht, da es der wichtigste Partner von Nachbarn wie Argentinien, Bolivien und Paraguay ist. Die Aussage, die Trump am Tag seiner Amtseinführung über Brasilien gemacht hat – „Wir brauchen sie nicht, aber sie brauchen uns" –, sagt genau das Gegenteil.

In diesem Kontext ist das, was der Trumpismus als „Vernachlässigung" bezeichnet, nichts anderes als die relative und variable Sorgfalt der Formen, mit der demokratische und republikanische Regierungen seit dem Ende des Kalten Krieges ihre Beziehungen zu den Ländern der Region gestaltet haben.

Die formale Respektierung der Souveränität ihrer Gegenüber (mit den bekannten Ausnahmen Kuba und Venezuela, gegen die die Einmischung immer unverhohlen war) hinderte Trumps Vorgänger nicht daran, die Monroe-Doktrin weiter anzuwenden, wie die fortgesetzten Interventionen in Haiti, die Staatsstreiche gegen Manuel Zelaya (2009, Honduras), Fernando Lugo (2012, Paraguay), Dilma Rousseff (Brasilien, 2016), Evo Morales (2019, Bolivien) und Pedro Castillo (2022, Peru) belegen.

Dazu gehören auch der von Mexikos Felipe Calderón durchgesetzte Plan Mérida; die brutale justizielle Kriegsführung gegen Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien; die Unterstützung des Paramilitarismus von Álvaro Uribe in Kolumbien; die stets schwankende Souveränität Zentralamerikas mit dem anhaltenden Widerstand Nicaraguas und dem kurzlebigen Widerstand von Honduras, um nur einige der unzähligen Beispiele für den nie ausgestorbenen Monroismus zu nennen.

So ist das Trump-Korollar keine Änderung der Strategie, sondern der Methode: Die Kontrolle durch das Netzwerk evangelikaler und ultrarechter Kirchen, Universitäten, Medien, oligarchischer und korrupter Justizbehörden und Nichtregierungsorganisationen wird durch die Primitivität des großen Knüppels, imposante Militäraufmärsche und die Aufgabe jeden Anscheins von Legalität ersetzt oder ergänzt.

Wie der Kriegsminister ankündigte, wird Demokratie fortan als bloße Nebensache für die imperialen Ziele des Weißen Hauses betrachtet.

Die „Donroe-Doktrin“ (das Trump-Korollar zur Monroe-Doktrin) ist keine Bestätigung der Fähigkeiten einer aufstrebenden Macht, wie sie es vor zwei Jahrhunderten war, sondern vielmehr das letzte Aufbäumen einer Supermacht im raschen Niedergang, für den der Trumpismus sowohl das offensichtlichste Symptom als auch der maximale Katalysator ist.

Der Missbrauch von Gewalt ist nicht, wie der Magnat behauptet, ein Zeichen der Stärke, sondern das Mittel desjenigen, der seine Nachbarn nicht mehr mit technologischer Innovation, produktiven Investitionen, institutioneller Vorbildlichkeit oder einem lebensfähigen Zivilisationsmodell anziehen kann.

*Der Beitrag ist auf Spanisch bei Nodal erschienen und wurde von **Marta Andujo** übersetzt.*

*Über den Autor: **Aram Aharonian**, Journalist aus Uruguay, ist Hochschullehrer, Mitbegründer des lateinamerikanischen Fernsehsenders Telesur und Direktor der uruguayischen Beobachtungsstelle für Kommunikation und Demokratie.*

[«*] Der Beitrag ist vom 9. Dezember. In der Zwischenzeit haben die USA ihre Angriffe gegen Venezuela weiter eskaliert: Am 11. Dezember beschlagnahmten US-Streitkräfte einen venezolanischen Öltanker, der auf dem Weg nach Kuba war. Und am 17. Dezember ordnete Trump die vollständige „Blockade aller sanktionierten Öltanker“ an, die nach Venezuela ein- und auslaufen.

Titelbild: Mit KI (grok) erstelltes Symbolbild.

Mehr zum Thema:

Im Schatten der Monroe-Doktrin: Neue Frontlinien in der Karibik

Vom Hinterhof zum Vorgarten – 200 Jahre Monroe-Doktrin

Gottes mächtigstes Land – wieder und für immer!